

# Das ist die Menschheit Kuba schuldig: Solidarität gegen US-Sanktionen und Krieg

28 Mär. 2026 07:00 Uhr

Kaum jemand sonst hat – gemessen an den eigenen Kräften – so viel für die Entwicklung in Afrika und anderen armen Regionen der Welt getan wie Kuba nach seiner Revolution. Heute sollte die Welt sich revanchieren und der von Sanktionen, Embargos und Kriegsgefahr gebeutelten Freiheitsinsel beistehen.



Quelle: Sputnik © Alexej Alexejew

Protestaktion gegen Trumps Außenpolitik in New York am 8. März 2026

*Von Muhemsi Mwakihwelo, Tansania*

## Die wirkliche Bedeutung des US-Embargos gegen Kuba

Wie soll man eine Situation beschreiben, in der ein Land ein anderes daran hindert, freundschaftliche Beziehungen zu anderen Ländern aufzubauen oder Handel mit ihnen zu treiben? Wie soll man eine Situation beschreiben, in der ein Land ein anderes daran hindert, Waren zu kaufen oder zu verkaufen, darunter lebenswichtige Güter wie Medikamente, Ersatzteile, Maschinen und Energieprodukte wie Öl und Gas?

Wie soll man ein Land beschreiben, das ein anderes dazu zwingt, darum zu kämpfen, dass seine Bürger Zugang zu grundlegenden sozialen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Wasser haben? Wie soll man ein Land beschreiben, das sich feindselig verhält, wenn ein anderes Land seinem Volk das Recht auf Ackerland für die Produktion innerhalb seines eigenen Territoriums sichert?

Diese Fragen lassen sich oft leicht und logisch beantworten, wenn sie gestellt werden, ohne bestimmte Länder zu nennen. Die Antworten ändern sich jedoch dramatisch, wenn bekannt wird, dass das Land, das diese Maßnahmen verhängt, die USA sind und das betroffene Land Kuba ist.

Seit mehr als sechs Jahrzehnten halten die USA Wirtschaftssanktionen gegen Kuba aufrecht, beginnend im Jahr 1960 und formalisiert als vollständiges Handelsembargo im Jahr 1962 unter Präsident John F. Kennedy. Zuvor hatten sich die Spannungen nach dem gescheiterten, von den USA orchestrierten Putschversuch von 1961 verschärft.

Nach offiziellen Schätzungen der kubanischen Regierung, die jährlich den Vereinten Nationen vorgelegt werden, belaufen sich die durch das Embargo verursachten wirtschaftlichen Schäden inflationsbereinigt auf insgesamt über 150 Milliarden US-Dollar.

Obwohl Kuba massiv in soziale Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheitswesen investiert, fehlt dem Land – wie vielen Staaten des Globalen Südens – die industrielle Kapazität, alle grundlegenden Güter selbst herzustellen, darunter Maschinen, Ersatzteile und moderne medizinische Geräte.

Unternehmen, die mit Kuba Handel treiben, können aufgrund von US-Gesetzen wie dem Helms-Burton-Gesetz von 1996, das Sanktionen gegen ausländische Firmen vorsieht, die mit verstaatlichtem kubanischem Eigentum handeln, Druck und Einschränkungen ausgesetzt sein.

Dieses regulatorische Umfeld hat zu Herausforderungen im Bereich der Infrastruktur beigetragen, darunter Einschränkungen bei der Stromerzeugung, der Kraftstoffversorgung und der industriellen Modernisierung.

Kritiker argumentieren, dass diese Maßnahmen darauf abzielen, wirtschaftlichen Druck auf die kubanische Regierung und Bevölkerung auszuüben, um politische Veränderungen zu bewirken. US-Politiker bezeichnen die Politik indes ungeniert als Instrument zur Förderung demokratischer Reformen und der Menschenrechte.

Unterdessen steht die internationale Öffentlichkeit dem Embargo weiterhin weitgehend kritisch gegenüber. Seit 1992 verabschiedet die Generalversammlung der Vereinten Nationen jährliche Resolutionen, in denen die Aufhebung des Embargos gefordert wird, und dies mit überwältigender Unterstützung der Mitgliedstaaten.

### **Kubas "Verbrechen" gegen die USA**

Kubas erstes großes "Verbrechen" in den Augen Washingtons war die Rückeroberung seiner wirtschaftlichen Souveränität.

Nach der von Fidel Castro angeführten Revolution von 1959 führte die kubanische Regierung umfassende Landreformen durch und verstaatlichte wichtige Industriezweige, darunter Zuckerplantagen, Versorgungsunternehmen und Ölraffinerien. Diese Maßnahmen trafen Großgrundbesitzer und ausländische Unternehmen, von denen viele ihren Sitz in den USA hatten.

Die Regierung bot betroffenen Unternehmen Entschädigungen an, doch Streitigkeiten über die Bewertung und die Zahlungsmodalitäten führten zu anhaltenden Spannungen zwischen den beiden Ländern.

Trotz der Präsenz großer US-Konzerne in Kuba vor der Revolution war Ungleichheit nach wie vor weit verbreitet. Historischen Wirtschaftsstudien zufolge waren ländliche Armut, Analphabetismus und eingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung in den 1950er Jahren häufig, insbesondere außerhalb der städtischen Zentren.

Als Reaktion darauf startete die Revolutionsregierung umfangreiche Sozialprogramme, darunter eine landesweite Alphabetisierungskampagne im Jahr 1961, die die Analphabetenquote innerhalb eines Jahres deutlich senkte.

Kubas zweites "Verbrechen" bestand darin, seine Unabhängigkeit in Fragen der Verteidigung und Außenpolitik geltend zu machen.

Während des Kalten Krieges baute die kubanische Regierung enge Beziehungen zur Sowjetunion auf und ging Sicherheitsvereinbarungen unabhängig vom Einfluss der USA ein. Diese Entwicklungen gipfelten 1962 in der Kubakrise, einer der gefährlichsten Konfrontationen der Ära des Kalten Krieges.

Aus Sicht Washingtons stellten diese Entwicklungen eine strategische Bedrohung in der westlichen Hemisphäre dar.

Ein weiteres Kuba zugeschriebenes "Verbrechen" war sein Eintreten für den Internationalismus.

In den 1960er und 1970er Jahren unterstützten kubanische Streitkräfte und Berater Befreiungsbewegungen in mehreren afrikanischen Ländern, darunter Angola, Namibia, Südafrika, Zaire (DR Kongo) und Guinea-Bissau. Historiker erkennen Kubas Engagement in Angola weithin als entscheidenden Faktor für die Niederlage der mit der Apartheid verbündeten Kräfte in der Schlacht von Cuito Cuanavale in den 1980er Jahren an.

1966 war Kuba Gastgeber der Trikontinentalen Konferenz in Havanna, auf der Befreiungsbewegungen aus Afrika, Asien und Lateinamerika zusammenkamen, um antikoloniale und antiimperialistische Kämpfe durch internationale Solidarität zu koordinieren.

Kubas Solidaritätsdiplomatie ging über militärische Unterstützung hinaus. Das Land entwickelte internationale medizinische Programme, die Ärzte und Krankenschwestern in Länder entsandten, die mit Notsituationen im Bereich der öffentlichen Gesundheit konfrontiert waren.

Kubanische medizinische Teams leisteten Hilfe bei Krisen wie dem Ebola- und Zika-Ausbruch in Westafrika und der weltweiten COVID-19-Pandemie, sogar in fortgeschrittenen europäischen Industrienationen wie Italien. Die Weltgesundheitsorganisation hat den Beitrag des kubanischen medizinischen Personals bei Notfallmissionen gewürdigt.

Bis 1986 hatte Kuba die Malaria innerhalb seiner Grenzen erfolgreich ausgerottet und teilte später sein Fachwissen im Bereich der öffentlichen Gesundheit mit Partnerländern, darunter Tansania, wo kubanische Experten gemeinsam mit ihren tansanischen Kollegen eine Fabrik für Pharmaprodukte betreiben, die kubanische Technologie nutzt und die größte auf dem afrikanischen Kontinent ist.

Diese Erfolge zeigten das Potenzial eines auf universellen Zugang ausgerichteten Gesundheitssystems.

Indessen hielten die politischen Spannungen zwischen Kuba und den USA an und Washington behielt Sanktionen und diplomatischen Druck über mehrere Regierungen hinweg bei.

## Eine Frage für den Globalen Süden

Afrika und der Globale Süden sollten von diesen Realitäten nicht unberührt bleiben.

Die jüngsten politischen Diskussionen in Washington unter Präsident Donald Trump umfassten eine Verschärfung der Sanktionen gegen Kuba, wodurch selbst die geringfügigen Normalisierungsmaßnahmen, die während der Amtszeit von Barack Obama eingeführt worden waren, rückgängig gemacht wurden.

Die Energieversorgung bleibt eine kritische Schwachstelle für Kuba. In der Vergangenheit waren Ölimporte aus Venezuela für den Erhalt des Stromnetzes des Landes unverzichtbar. Der Stopp der Lieferungen aufgrund der US-Invasion in Venezuela und der Entführung seines Präsidenten am 3. Januar 2026 trug zu Treibstoffknappheit und extremen Stromausfällen in Kuba bei. Die venezolanischen Ölimporte machten mehr als 40 Prozent aller kubanischen Ölimporte aus. An zweiter Stelle steht Mexiko, das ebenfalls zunehmendem Druck seitens der Amtsinhaber im Oval Office in Washington D.C. ausgesetzt ist, kein Öl an Kuba zu verkaufen.

Gleichzeitig haben die USA Regierungen, die kubanische medizinische Missionen aufgenommen haben, dazu gedrängt, ihre Vereinbarungen zu überdenken. Unterstützer dieser Missionen betonen deren Rolle bei der Verbesserung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung, insbesondere in unterversorgten ländlichen Regionen.

Einige Regierungen, wie beispielsweise die von Jamaika, haben diesem Druck bereits nachgegeben und offiziell erklärt, dass sie nicht beabsichtigen, Verträge mit der kubanischen Regierung zu verlängern, die es kubanischen medizinischen Missionen ermöglichen würden, in ihren Ländern weiter tätig zu sein.

Die Sache geht daher über die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Kuba hinaus.

Viele Nationen in Afrika und im Globalen Süden haben von der kubanischen Solidarität bei Bildung, Medizin und Befreiungskämpfen profitiert. Tausende afrikanischer Studierender haben in den letzten fünf Jahrzehnten Stipendien erhalten, um an kubanischen Universitäten Medizin und Ingenieurwesen zu studieren.

Es ist also eine moralische, politische und historische Verpflichtung für die Menschen im Globalen Süden, sich nicht nur besorgt zu zeigen, sondern die volle Verantwortung für die Bemühungen gegen die imperialistische Unterdrückung Kubas zu übernehmen.

Volksorganisationen spielen dabei eine entscheidende Rolle. Solidarität hängt nicht allein von Regierungen ab, die größtenteils von bürgerlichen Interessen vereinnahmt sind und sich derselben Macht unterwerfen, die Kuba erstickt. Volksorganisationen sollten das Bewusstsein schärfen, schreiben, sprechen, Musik komponieren, organisieren und ihre Unterstützung für das kubanische Volk zum Ausdruck bringen.

Die Afrikaner teilen tiefe historische und kulturelle Verbindungen mit Kuba. Die revolutionäre Erfahrung der Insel hat zu Kämpfen für Würde, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit weltweit beigetragen.

Diese Geschichte anzuerkennen, erfordert mehr als nur Worte. Es erfordert Solidarität mit einer Nation, die trotz immensen Drucks von außen seit langem auf der Seite der Unterdrückten steht.

Das ist die Menschheit Kuba schuldig.

Aus dem [Englischen](#) übersetzt von Olga Espín.

*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*